



„Deal of the Century“ 2.0? Zu einer neuen Nahost-Friedensinitiative der USA

amicus sharqi

August 2023

Zusammenfassung

In regelmäßigen Abständen werden Initiativen ins Leben gerufen, die sich mit dem Nahost-Friedensprozess, auch in Verbindung mit anderen schwelenden Fragen, beschäftigen. Aktuell wird eine Idee diskutiert, die von der Biden-Administration ausgeht, und die Anerkennung Israels durch Saudi-Arabien zum Ziel haben soll. Die USA, deren Vertreter in diesem Zusammenhang zuvor bereits von einem steinigen Weg sprachen, dementierten zuletzt, Vereinbarungen eingegangen zu sein¹. Abseits des auf den Ukrainekrieg fokussierten internationalen Interesses ist die Region wieder einmal in Bewegung. Dabei spiegeln die von den US-Medien berichteten Ideen, die durchaus mit den strategischen Interessen der USA in Übereinstimmung stehen, ein fehlendes Verständnis für die Region wider. Es wäre nicht neu.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

¹ NZZ vom 15.08.2023



Analyse

Laut *Wall Street Journal*² hat die Biden-Administration eine neue Initiative gestartet, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die Anerkennung Israels durch Saudi-Arabien und die Eindämmung des Einflusses Chinas auf die regionale Mittelmacht auf der Arabischen Halbinsel. Im Zentrum stehen mögliche Zugeständnisse an Riad, die an verschiedene Bedingungen geknüpft sind. Nach dem fehlgeschlagenen Versuch der Familie Trump, in einem „Deal of the Century“ eine mit verschiedenen Konditionen versehene Verbesserung des Beziehungsgeflechts in der Region zu erreichen³, klingt die neue Strategie als ein erneuter „stroke of genius“. Insbesondere israelische Medien diskutieren das Projekt; in der arabischen Welt herrscht eher Funkstille. Dort steht die erstmalige Installation eines saudischen Botschafters – als Nebenakkreditierung des Vertreters in Amman – in Palästina im Vordergrund. Besuche des US-Sicherheitsberaters Sullivan in den vergangenen Monaten befördern die Spekulationen. Die US-Regierung dementierte bereits, Vereinbarungen eingegangen zu sein. Nach verschiedenen Angeboten, im Friedensprozess zu vermitteln, darunter auch eines des chinesischen Außenministers Wang Yi, stellt sich die Frage nach Realitätstauglichkeit und Auswirkungen derartiger Initiativen.

Soweit das *Wall Street Journal* berichtet, soll Saudi-Arabien im Gegenzug zur Anerkennung Israels Unterstützung beim Aufbau seines zivilen Kernenergieprogramms erhalten, die Bildung eines palästinensischen Staates fördern und den wirtschaftlichen sowie militärischen Einfluss Pekings eindämmen. Die Idee umfasst eine Reihe von Elementen, die zwar nachvollziehbar jüngsten Strategien der Biden-Administration entsprechen, von denen bereits jedes einzelne für sich ein deutliches Maß an Komplexität aufweist.

Die Beziehungen zu Israel waren bereits einmal Thema während eines vielbeachteten Besuchs des saudischen Kronprinzen in den USA – noch unter der Trump-Administration. Im Anschluss daran hatte sich König Salman offensichtlich genötigt gesehen, die offizielle Haltung des Königreichs gegenüber Israel zu bestätigen und die Diskussion zu beenden. Mohammed bin Salman soll laut US-Vertretern nun für einen „Deal“ bereit sein, der jedoch keine vollständigen diplomatischen Beziehungen impliziert. Nicht erwähnt wird dabei die wahhabitische Geistlichkeit als entscheidende Stütze der Machtstellung der Königsfamilie, die bereits in der Vergangenheit mit ihrer kompromisslosen Interpretation des Korans zum Verhältnis zum Judentum die Herrscherfamilie verschiedentlich unter Druck setzte. Mit der Fahrerlaubnis für Frauen, der Eröffnung von Kinos, der Ausrichtung von Kulturveranstaltungen, dem Abbau der Religionspolizei und anderem fordert die junge Generation, die Mohammed bin Salman vertritt, diese radikal-konservative Ulama gerade ohnehin heraus. Das rigorose Vorgehen gegenüber anderen Teilen der Familie und die Durchsetzung einer die Nachkommen König Salmans bevorzugenden Nachfolgeregelung seit 2015 dürfte ebenfalls zu Rissen geführt haben. Die Auswirkungen, die in einer derartigen Situation sich aus der Beschäftigung mit den Beziehungen zu Israel ergeben, werden interessant zu beobachten sein.

Im Gegenzug zu verschiedenen Zugeständnissen soll Riad sich in seinen Beziehungen zur Volksrepublik China beschränken und beispielsweise keine chinesische Militäreinrichtung zulassen, wobei sie die Frage stellt, ob es sich dabei überhaupt um ein reales Szenario handelt. Die Einrichtung von Militärbasen auf saudischem Territorium in den 1990ern, um nach dem Einmarsch des Irak in Kuwait Saddam Hussein vor Übergriffen auf Saudi-Arabien abzuhalten, dessen Armee als unterlegen galt, war ein entscheidender Auslöser für Osama bin Laden, sich gegen die USA zu wenden. Dabei war er nicht allein, sondern befand sich im Einklang mit den

² Wall Street Journal vom 10. August 2023

³ Im Fall des Abraham-Abkommens mit den VAE 2020 wurden tatsächlich Fortschritte erzielt.



wahhabitischen Predigern. Der damalige, königstreue Mufti Bin Baz musste deutliche Verrenkungen vollziehen, um die Anwesenheit von ‚Nichtgläubigen‘ – darunter Frauen, die Flugzeuge lenkten und Waffen bedienten – zu begründen⁴. In Saudi-Arabien – und insbesondere innerhalb wahhabitischer Zirkel – ist das nicht vergessen. Welchen Realitätswert es hat, den Aufbau einer chinesischen – von ‚kommunistischen Atheisten‘ (m/f) betriebenen – militärischen Basis im Land der zwei heiligen Stätten anzunehmen, wird interessant zu beobachten sein, insbesondere, da Peking auf der gegenüberliegenden Seite des Bab al-Mandab in Djibouti bereits neben den USA und Frankreich über einen gut ausgebauten Stützpunkt verfügt, von dem aus beispielweise die Evakuierung von chinesischen Staatsbürgern aus dem Sudan betrieben wurde.

Völlig realitätsfremd bleiben Initiativen mit dem Ziel, einen funktionierenden palästinensischen Staat zu etablieren. Ganz unabhängig von der innenpolitischen Lage in Israel und des aktuellen Einflusses der Siedlerbewegung, erscheinen die unterschiedlichen palästinensischen Gruppen – Fatah, Hamas, Islamic Jihad, PFLP, Intifada-Bewegung, Dahlan-Anhänger etc. – dazu nicht der Lage zu sein. Zwar sprachen Präsident Abbas und Haniye von der Hamas zuletzt in Ägypten und der Türkei wieder miteinander, außer einer auf Aktionen gegen Israel gerichteten Sicherung der eigenen, mit Wirtschaftsinteressen verbundenen Machtposition und der Positionierung im Hinblick auf eine Nachfolge von Abbas gibt es dabei keine Überschneidungen. Die Frage eines palästinensischen Staates ist daher mehr ein mediales Zugeständnis an die arabische Straße, die sich noch an die tief begrabenen Verträge von Oslo erinnert. Der im Managementstil globaler Unternehmensberatungen von Trumps Schwiegersohn vorgestellte ‚Deal of the Century‘ war bereits ein Musterbeispiel ähnlicher Realitätsverkennung, die davon lebte, dass jede Partei für sich einen wirtschaftlichen Vorteil erhoffte, ohne echte Kompromisse eingehen zu wollen und verschiedene harte Realitäten in der Region ausklammerte. Eher real erschien zeitweise, dass Präsident Abbas die Präsidialadministration auflöst und die Reste von Regierungsautorität im Westjordanland an Israel übergibt – zumindest drohte er damit

In den letzten Jahren wurde die Annäherung zwischen Riad, Abu Dhabi und Tel Aviv durch die Frontstellung gegenüber dem gemeinsamen Gegner Iran getragen. Diese ist zwar nicht verschwunden, hat sich in den letzten Monaten jedoch erkennbar abgeschwächt – auch wenn die Revolutionsgarden weiterhin den Schiffsverkehrsverkehr an der Straße von Hormus gefährden. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, die Verhandlungen mit den Huthis im Jemen und eine berichtete Verlangsamung bei der iranischen Uran-Anreicherung haben das Iran-Szenario etwas aus der Öffentlichkeit genommen und den Handlungsdruck verringert.

Dass der Einfluss der USA in Saudi-Arabien, wie in der gesamten Region, in den vergangenen Jahren zurück-ging, liegt auf der Hand. Präsident Obama hatte in einer Rede in Kairo einen Politikschwenk gegenüber der arabischen Welt angekündigt. Umso größer war die Enttäuschung, als dies nicht eintrat – und jene früheren Eliten wieder an die Macht kamen, deren Fall in westlichen Staaten im Arabischen Frühling leidenschaftlich begrüßt wurde. Präsident Trump reduzierte Kronprinz Mohammed bin Salman im Weißen Haus zu einem Einkäufer US-amerikanischer Rüstungsprodukte. Der saudische Besucher soll sich dabei nicht wohl gefühlt haben. Der aktuelle Präsident begann seinen Term mit deutlich kritischen Tönen gegenüber Riad, die mit einem steigenden Ölpreis verstummen.

Bei dem jetzt beschriebenen Vorschlag stellt sich der Eindruck ein, dass er erstens Interessen Israels bedient, der eine weitere Normalisierung der Außenbeziehungen zu Staaten der arabischen Welt anstrebt, zweitens zu

⁴ Gute Darstellung der damaligen Diskussionen in: Basbous, Antoine: L' Arabie Saoudite En Question. Perrin 2002



Versuchen der Eindämmung des globalen chinesischen Einflusses passt und drittens den Verlust der eigenen Bedeutung entgegenwirken soll. Ob dafür der für US-Firmen vorteilhafte Verkauf von Kerntechnologie ein ausreichend hoher Preis ist, wird ebenfalls interessant zu beobachten sein.

Allgemein übergeht die Bewertung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der Volksrepublik China, die deutlich von einer Zunahme der wirtschaftlichen Interessen geprägt sind, subkutane Differenzen. Die ideologischen Unterschiede zwischen der säkularen Parteiherrschaft Chinas und dem durch eine radikal-konservative Geistlichkeit getragenen saudischen Königtum sind beachtlich. In beiden Staaten herrscht die Tradition, kritische Fragen nicht in der Öffentlichkeit zu diskutieren; dennoch war die Rolle Riads bei der Radikalisierung einzelner Muslime in China immer wieder ein Thema⁵. Beide Staaten verfolgten außenpolitisch in den vergangenen Jahren eine Strategie, die eher weniger auf Lagerbildung und Koalitionen setzte. Dafür gibt es eine große Übereinstimmung bei Wirtschaftsunternehmungen. Die Volksrepublik bietet mit ihren großen konkurrenzlos günstigen, staatlich subventionierten Staatsunternehmen die Expertise zur schnellen, zeitgerechten Umsetzung von für den saudischen Wirtschaftsumbau notwendigen Megaprojekten und Saudi-Arabien bezahlt aus den prall gefüllten Staatsfonds. Und auch China hat – wie auch Südkorea – Kernkraftwerke im Angebot. Und anders als bei Hightech-Waffensystemen ist die Volksrepublik bei der Kernkraft ein ernst zu nehmender Konkurrent. Ob sich diese beiderseitig vorteilhafte Situation mit politisch motivierten Konditionen aufhebeln lässt, muss sich erst noch zeigen. Zudem reagiert Riad irritiert auf Bevormundung. Von Peking muss sie diese nicht befürchten.

Irreale Vorschläge bedeuten in dieser Region nicht nur den überflüssigen Einsatz von Arbeitszeit – das wäre zu ertragen –; sie können auch nicht intendierte Entwicklungen auslösen. Für radikale islamistische Gruppen wie auch für einen beachtlichen Teil der radikalen Geistlichkeit, bleibt die Frage des Umgangs mit Israel zentral. Ohne ihre Angriffe auf Israel würde sich auch kaum jemand für die Hamas oder den Islamic Jihad interessieren. Der erneute Anstieg ganz unterschiedlicher gewaltbereiter Gruppierungen in der Region und demographische Prozesse wie in Saudi-Arabien oder Ägypten, denen die Gefahr weiterer, insbesondere religiöser Radikalisierung von Bevölkerungsteilen innewohnt, bergen ein wahrnehmbares Risiko für die Zukunft. Die Wirtschaftslage in einigen Staaten – zuallererst Ägypten – erfordert deutliche Anstrengungen. Selbst das ‚reiche‘ Saudi-Arabien, dessen Möglichkeiten seine wachsende Bevölkerung zu alimentieren, abnehmen, bleibt davon nicht verschont. Augenmaß, Unvoreingenommenheit und Unparteilichkeit wären Voraussetzungen, zu einer guten Lösung zu kommen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Kontakt: amicus.sharqi@vodafone.de

⁵ Durchaus auch nachvollziehbar durch die Saudi-Papers bei Wikileaks.